



**Schwerpunkt
Integration**

**Abstimmungen
26. September 2010**

**Verkehr
Rund um Velo und Bus**

Editorial

Offenheit – sich gegenseitig verstehen wollen

Noch immer verstehen viele SchweizerInnen unter Integration die volle Angleichung von zugezogenen Personen an idealisierte Vorstellungen von typischen Einheimischen. Wir aber wollen eine Gemeinschaft, in der sich die Personen gegenseitig respektieren und zusammen die Verantwortung für diejenigen Orte übernehmen, wo sie wohnen, arbeiten und die Freizeit verbringen.

Diese Weiterentwicklung unseres Umfeldes muss miteinander ausgehandelt werden. Die Sprache ist da sehr wichtig – um einander zu verstehen, braucht es aber wesentlich mehr als nur die Sprache! Es braucht eine Offenheit, sich gegenseitig verstehen zu wollen. Es braucht Zeit, miteinander zu diskutieren. Gerade diese Zeit steht vielen eingewanderten Personen nicht zur Verfügung: Ihre Jobs sind oft körperlich sehr anspruchsvoll, zudem arbeiten meist alle Erwachsenen der Familie, da ein einziges Einkommen durch ihre schlecht bezahlten Arbeitsstellen kaum ausreicht. Ich erinnere mich gut an mein Auslandjahr in Bosnien-Herzegowina. Auch ich, mit einem guten schulischen Rucksack, schaffte es nicht, die lokale Sprache soweit zu lernen, dass ich mitdiskutieren konnte. Stattdessen reichte es gerade dafür, auf dem Markt Karotten und Kartoffeln einkaufen zu können.

Sprachlernangebote auch am Arbeitsplatz

Bei einem vollen Job und Familienaufgaben ist es illusorisch, noch regelmässig die lokale Sprache am Abend oder Samstag zu lernen. Daraus leitet sich die Forderung ab, dass nicht nur der Bund, der Kanton und die Gemeinden oder private Lerninstitute Sprachlernangebote anbieten sollten, sondern auch die Arbeitgeberschaft. Durch betriebliche Weiterbildung während der Arbeitszeit investiert sie ja bereits viel in ihre hochqualifizierten Arbeitskräfte. Auch die Sprache als wichtige Integrationsmassnahme soll in die betriebliche Weiterbildung aufgenommen und für alle angeboten werden. Integrationsmassnahmen können nicht immer nur auf die öffentliche Hand abgeschoben werden, die Arbeitgeberschaft muss auch hier ihre immer wieder gross hervorgehobene Eigenverantwortlichkeit vermehrt wahrnehmen.



Monique Frey
Co-Präsidentin und Kantonsrätin Grüne
Emmen



Positionspapier Integration

Brauchen die Grünen LU ein Integrationspapier

Bei der Gestaltung der Integrationspolitik spielen die politischen Parteien und die Verwaltung eine wichtige Rolle. Das Positionspapier soll den Grünen Kanton Luzern als Grundlage für die Orientierung bei der Integrationspolitik dienen und den integrationsfördernden Handlungsbedarf für die Praxis aufzeigen. Das Integrationspapier ist wichtig...

... zur Überwindung des bisher oft dominierenden Integrationsverständnisses

In Integrationsfragen werden oft Haltungen vertreten und Bemühungen unternommen, um eine Verhaltensanpassung der Fremden zu erreichen. Kultur ist dabei nicht primär eine Sozialisations-erfahrung jedes Individuums, sondern ein Erfahrungswert des Kollektivs, welches durch die ethnische, religiöse und/oder nationale Herkunft bestimmt sein soll. Die daraus entstehende Praxis setzt oft auf Repression, Diskriminierung sowie Sippenhaftung und die Integrationserwartungen können dabei je nach Herkunft der MigrantInnen stark variieren.

Das Positionspapier der Grünen Kanton Luzern geht von einer umfassenden Chancengerechtigkeit und Nichtdiskriminierung aus. Die Förderung der Teil-

nahme- und Teilhabemöglichkeiten soll durch die Anpassung der strukturellen Rahmenbedingungen erreicht werden.

... zur Überwindung der bisherigen Integrationspolitik des Kantons Luzern

Die bisherige Integrationspraxis im Kanton Luzern reduziert sich im Wesentlichen auf Informationsveranstaltungen, auf die Umsetzung des Schwerpunkteprogrammes des Bundes zur Integrationsförderung sowie auf Sprachkurse, Integrationsvereinbarungen und Begrüssungsgespräche. Bisher fehlen die gesetzlichen Grundlagen und die strukturelle Anpassung zur Förderung einer umfassenden Chancengerechtigkeit, die den Zugang zu allen Lebensbereichen fördern und die Gleichbehandlung aller Gesellschaftsmitglieder sichern würden.

... als Grundlage einer erfolgreichen Integrationspolitik

Eine umfassende Integrationspolitik in einer funktional differenzierten Gesellschaft wie der Schweiz kann nicht bloss von einer Verhaltensanpassung ausgehen. Sie muss primär die Realisierung eines gleichberechtigten Zusammenlebens fördern und soziale Ungleichheit auffangen können. Jede Person soll sich in der Gesellschaft als Individuum anerkannt fühlen, Perspektiven haben und im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten Verantwortung für das Zusammenleben tragen. Dies kann nur durch die Förderung der Chancengerechtigkeit bei gleichzeitiger Verhinderung der Ungleichbehandlung und Diskriminierung erreicht werden.

... um integrationsfördernde Handlungsbedürfnisse und deren Umsetzung aufzuzeigen

Eine umfassende Chancengerechtigkeit setzt die Förderung diverser Rechte – wie Zugang zu politischer Partizipation oder Bildung und Arbeit – voraus. Diese Ziele können nur umfassend erreicht werden, wenn der Bund, der Kanton Luzern und die Gemeinden komplementär die Regelstrukturen (z. B. die Schulen oder das Gesundheitswesen) für Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen zugänglich machen und die Gleichbehandlung aller sichern.



Ali R. Celik
Vorstandsmitglied Grüne Kanton Luzern
Luzern

Die Umsetzung des Positionspapiers Integration

Chancengerechtigkeit garantieren

In den jeweiligen Abschnitten zum Handlungsbedarf versteckt sich die Anleitung zur konkreten Handhabung. Anfang Juni hat die Fraktion im Kantonsrat diese Realisierung eingeleitet, in dem sie einen Vorstoss eingereicht hat.

Nachdem das Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts an der Urne keinen Rückhalt gefunden hatte, reichte die Grüne Kantonsratsfraktion einen Vorstoss für ein Integrationsgesetz ein. Das geforderte Gesetz soll auf den Grundprinzipien Chancengerechtigkeit, Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und Integration als wechselseitiger Prozess ausgearbeitet werden. Damit soll auch der Fachstelle für Gesellschaftsfragen eine längerfristige Perspektive ermöglicht werden. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, Aktivitäten auf kommunaler Ebene anzustossen. Die Gemeinden sollen verpflichtet werden, Integrationsmassnahmen zu ergreifen.

Gesellschaftliche Integration

Grüne lassen sich von der Maxime leiten, allen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und kulturellem Hintergrund Chancengerechtigkeit zu garantieren. Die Gesellschaft bietet dem Individuum eine Perspektive. Dazu könnte beispielsweise der Kanton als Arbeitgeber eine Vorreiterrolle übernehmen und gezielt Personen mit Migrationshintergrund einstellen. Mit einer Quotenregelung könnte dieses Anliegen im Parlament zur Diskussion gestellt werden. Weiter kann der Kanton für Kinder von Sans-Papiers-Eltern aktiv werden und für diese Lehrstellen schaffen. Der entsprechende Vorstoss wurde bereits im Frühling im kantonalen wie städtischen Parlament eingereicht.

Politische Integration

Eine faire Einbürgerungspraxis ist für die Grünen eine wichtige Forderung. Trotz der vielen Einbürgerungskommissionen dauern die Verfahren in der Regel immer noch zu lange. In Emmen ist denn auch eine grüne Motion eingereicht worden, welche konkrete Vorschläge für eine Verkürzung der Dauer aufstellt. Die Bürgerrechtskommission soll öfter tagen oder eine Delegation über unstrittige Fälle entscheiden. Wehren müssen wir uns auch gegen das Ansinnen der Schötzer Gemeindeexekutive, welche die Gebühren auf die Einbürgerungswilligen abwälzen möchte, wenn sich diese mittels einer Beschwerde wehren.

Die politische Emanzipation der ausländischen Bevölkerung wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Als erstes wird die Grüne Fraktion die Initiative, welche es den Gemeinden überlässt, das Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene

einzuführen, tatkräftig unterstützen. Da Anträge der Grünen bei der Verfassungsrevision gescheitert sind, werden wir wohl noch eine gewisse Zeit warten bis wir das Thema auf kantonaler Ebene wieder lancieren. Als ersten Schritt kann jedoch sichergestellt werden, dass die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Mitwirkungsprozessen in Kommissionen und andern Milizämtern erhöht wird.



Heidi Rebsamen
Kantonsrätin Grüne
Luzern



Integration als Menschenrecht

Diskriminierungsfreier Umgang

Wenn der Integrationsbegriff und damit der Spruch vom Fördern und Fordern nicht zu leeren Floskeln werden sollen, dann wird es Zeit, die Integrationsbemühungen konsequent auf die Nichtdiskriminierung, die Chancengleichheit und damit die Menschenrechte auszurichten.

Der Integrationsbegriff löst vielfältige Assoziationen aus, so dass er von Menschen mit verschiedensten politischen Überzeugungen und Interessen für ihre Positionen in Anspruch genommen werden kann. Während die einen beim Stichwort Integration an das Ziel gleichberechtigten Zusammenlebens von Zugewanderten und Einheimischen denken, las-

sen sich andere von kontrollpolitischen Interessen leiten und fordern Integration in erster Linie als Anpassungsleistung von eingewanderten Minderheiten an die Lebensweise der Mehrheitsbevölkerung.

Versteht man unter Integration nicht allein Assimilation, so ist ein diskriminierungsfreier Umgang die Voraussetzung für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik ist es deshalb, rechtliche, politische und soziale Barrieren beim Zugang zu Bildung, Arbeit, zum Wohnungsmarkt und zu Dienstleistungen zu beseitigen.

Schutz vor Diskriminierung in den Menschenrechten verankert

Dieser Schutz vor Diskriminierung ist grundsätzlich in den Menschenrechten verankert. Neben dem Gleichheitsgrundsatz sind alle weiteren Menschenrechte nach Massgabe der Gleichberechtigung zu gewährleisten. Der Diskriminierungsschutz ist als Strukturprinzip aller Menschenrechte zu verstehen. Das Diskriminierungsverbot gilt für das Recht auf Bildung, die soziale Existenzsicherung, das Recht auf Gesundheit und die Religionsfreiheit.

In den vergangenen Jahren erntete die Schweiz von internationalen Organisationen Kritik für ihre Politik gegenüber Zugewanderten und Minderheiten. Die rechtliche Bekämpfung der Diskriminierung in der Schweiz unterscheidet sich deutlich von jener in der Europäischen Union. Die EU hat im Jahr 2000 ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz erlassen und setzt dementsprechend in der Integrationspolitik beim Verbot der Diskriminierung und der Herstellung von Chancengleichheit an.

Keine umfassende Strategie in der Schweiz

In der Schweiz scheint sich die Integrationspolitik in erster Linie an der Frage staatlicher Leistungen für AusländerInnen sowie an den Erfordernissen festzumachen, denen diese zu genügen haben. Es gibt hingegen noch keine umfassende Strategie zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung wie in der EU. Im Privatrecht und im Verwaltungsrecht fehlt es an ausdrücklichen Verboten der direkten und indirekten Diskriminierung aufgrund der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, der religiösen Weltanschauung und des asyl- sowie ausländerrechtlichen Status.



*Gülcan Akkaya
Vizepräsidentin der Eidg. Kommission
gegen Rassismus
Dozentin/Projektleiterin HS Luzern
Luzern*



Behandlung der Ausschaffungsinitiative in den eidgenössischen Räten

Schwarze Schafe in der überwiegenden Mehrheit

In der Sommersession behandelte die Bundesversammlung die «Ausschaffungsinitiative». Ihr zufolge muss ausgeschafft werden, wer als AusländerInnen in der Schweiz straffällig wird. Das widerspricht dem Völkerrecht. Doch statt die Initiative ungültig zu erklären, machte das Parlament einen Gegenvorschlag.

Die Initiative ist ein Affront gegen den Rechtsstaat und das Völkerrecht. Sie verletzt Grundrechte und zwingendes Völkerrecht, weil sie nach Sippenhaftung ruft und auch Personen zwingend ausschaffen will, obwohl sie an Leib und Leben bedroht sind. Sie hätte deshalb ungültig erklärt werden müssen. Doch das passierte nicht.

Angriffe auf den Rechtsstaat

Die Initiative steht in einer Reihe von Begehren, die den Rechtsstaat verletzen und die Demokratie verabsolutieren (Einbürgerungen vor dem Volk und das Minarettverbot als Beispiele). Der Rechtsstaat ist eine zivilisatorische Errungenschaft wie die Demokratie, ohne ihn stehen Minderheiten ohne gesicherten Schutz da. Das wissen auch die Auto-

rinnen und Autoren dieser Initiativen, ihre Angriffe auf den Rechtsstaat wirken damit systematisch.

In Wirklichkeit rennt die Initiative weitgehend offene Türen ein. Schon heute werden kriminelle AusländerInnen ausgeschafft. Die Praxis ist streng und richtet sich nach dem Strafmass, also nach dem richterlich festgestellten Verschulden. Trotzdem verhalf das Parlament vorliegend mit der Formulierung eines völkerrechtskonformen Gegenvorschlags den Initiativanliegen zur inhaltlichen Legitimation, leider mit Hilfe eines Grossteils der SP.

Nein zum Gegenvorschlag

Einer ungültigen Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, das ist das Rezept der sogenannten Mitte von FDP, BDP und CVP. Doch ohne gültige Initiative ist kein Gegenvorschlag möglich. «Die Initiative thematisiert ein real existierendes Problem», behauptete Ruth Humbel-Näf namens der CVP im Nationalrat. Von Handlungsbedarf spricht nur, wer sich am fremdenfeindlichen SVP-Topf verköstigen will. Im Ergebnis profitieren von

Gesetzestext der Ausschaffungsinitiative

I
Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 121 Abs. 3–6 (neu)

3. Sie (= die Ausländerinnen und Ausländer) verlieren unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz, wenn sie:

- a. wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen einer Vergewaltigung oder eines anderen schweren Sexualdelikts, wegen eines anderen Gewaltdelikts wie Raub, wegen Menschenhandels, Drogenhandels oder eines Einbruchsdelikts rechtskräftig verurteilt worden sind; oder
- b. missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe bezogen haben.

4. Der Gesetzgeber umschreibt die Tatbestände nach Absatz 3 näher. Er kann sie um weitere Tatbestände ergänzen.

5. Ausländerinnen und Ausländer, die nach den Absätzen 3 und 4 ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Schweiz

verlieren, sind von der zuständigen Behörde aus der Schweiz auszuweisen und mit einem Einreiseverbot von 5–15 Jahren zu belegen. Im Wiederholungsfall ist das Einreiseverbot auf 20 Jahre anzusetzen.

6. Wer das Einreiseverbot missachtet oder sonstwie illegal in die Schweiz einreist, macht sich strafbar. Der Gesetzgeber erlässt die entsprechenden Bestimmungen.

II
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmung zu Art. 121 (Aufenthalt und Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern)

Der Gesetzgeber hat innert fünf Jahren seit Annahme von Artikel 121 Absätze 3–6 durch Volk und Stände die Tatbestände nach Artikel 121 Absatz 3 zu definieren und zu ergänzen und die Strafbestimmungen bezüglich illegaler Einreise nach Artikel 121 Absatz 6 zu erlassen

solchen Machenschaften in aller Regel aber nicht die Nachahmer, sie werden nur zu schwarzen Schafen.

Im Gegenvorschlag enthalten ist ein «Integrationsartikel». Doch er kann die Vorlage nicht retten; zumal noch zu beweisen wäre, dass in der Umsetzung dann nicht doch nur «Assimilation» gemeint ist. Die Grünen stimmten jedenfalls zweimal nein.

Eurozentristische Verwicklungen

Rechtlich ist selbst SVP-VertreterInnen klar, dass wegen der Personenfreizügigkeit keine Ausschaffungen in EU-Länder möglich sind. Die verschärften Regeln gelten vor allem für Menschen von ausserhalb Europas. Viele Grüne haben «Schengen» abgelehnt, weil damit die Festung Europa zementiert werden konnte. Mit dem Nein zum neuen Asyl- und Ausländerrecht zielten wir in die gleiche Richtung. Die Stimmberechtigten haben anders entschieden. Unser Ausländerrecht ist nun stark eurozentristisch. Bei Fragen wie der Ausschaffungsinitiative wird die Schweiz von dieser Realität eingeholt.



*Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern*



Asyl und Integration

Wie du und ich, er und sie

Das Asylgesetz und das Ausländergesetz sind umfangreiche, harte und diskriminierende Gesetze. Die jeweils neuesten Verschärfungen werden meist schon wieder revidiert, bevor sie wirklich in Kraft sind und je näher die Wahlen rücken wollen sich CVP und FDP als HardlinerInnen und AusgrenzerInnen profilieren.

Fremdenpolizeiliche Massnahmen verhindern Integration

Die Fäden der kantonalen Integrationsbemühungen laufen im Sozialdepartement zusammen. Dort werden sie weiter gesponnen und spezifische Aufträge wie Sprachschule, Unterbringung, Beratung und Begleitung an die zahlreichen Hilfswerke und Institutionen zur Ausführung weiter gereicht. Fast ausnahmslose Bedingung ist, dass die Leute einen geregelten Aufenthalt haben. In der Schweiz leben aber je nach Schätzung zwischen 100'000 und 300'000 Menschen, die keinen durch die Fremdenpolizei geregelten Aufenthaltstatus haben. Sie leben hier als Sans-Papier.

Die Integrationsbereitschaft eines Landes lässt sich am klarsten dort messen, wo nicht alles klar ist. Sans-Papier und Menschen mit einem abgelehnten Asylgesuch leiden am meisten darunter, dass sie nicht dazu gehören, dass sie sich nicht integrieren dürfen. Die fremdenpolizeilichen Massnahmen wie Rayonverbot, Meldepflicht, Arbeitsverbot, Ausreiseandrohung, Schleierfahndungen, Zwangsmassnahmen, Durchsetzungshaft und Sozialhilfeausschluss verhindern bewusst Integration.

Inhalte statt Schlagworte

Seit geraumer Zeit werden von Links und Rechts und der Mitte dem Begriff Integration die Schlag-

worte «Fördern und Fordern» übergestülpt. «Fördern und Fordern» tönt nach erziehen, nach «Zuckerbrot und Peitsche», nach «schon, aber auch». Chancengleichheit, Recht auf Ausbildung, Eigeninitiative, individuelle Freiheit und Meinungsfreiheit sollen für alle BewohnerInnen gelten.

Der Flüchtlingstag 2010 stand unter dem Motto: «Flüchtlinge mussten alles zurücklassen. Ausser ihrem Talent.» Und genau darum geht es. Jeder Flüchtling kommt als «Original», mit oder ohne Religion, mit seiner kulturellen Prägung, mit seinen Erfahrungen, Vorstellungen, Wünschen und Ängsten in eine sich wandelnde Schweiz. Dieses «Original» ist zu respektieren. Flüchtlinge sind Frauen, Männer, Buben und Mädchen. Gute und schlechte, grosse und kleine, dunkle und helle, gescheite und dumme. So wie du, ich, er und sie.



*Felix Kuhn
Vorstandsmitglied Luzerner Asylnetz
Luzern*

Das Luzerner Asylnetz setzt sich seit 25 Jahren für eine offene Flüchtlingspolitik ein.

Am Dienstag und Freitag kochen Freiwillige für Menschen, die von der schäbigen Nothilfe leben müssen. Zusammen mit anderen Organisationen und lokalen Gruppen versucht das Asylnetz, drohende Ausschaffungen und Wegweisungen zu verhindern. Das Asylnetz bietet Sprachkurse für Menschen in der Nothilfe. Zusammen mit der kath. Kirche Stadt Luzern ermöglicht das Asylnetz eine Beratungsstelle für Härtefallgesuche. Mehr über das Asylnetz unter www.asylnetz.ch.



Engagieren Sie sich gegen die ungerechte, unnötige und

xenophobe

Ausschaffungsinitiative der SVP.

Werden Sie Mitglied beim Luzerner Asylnetz.
PC 60-6596-9 www.asylnetz.ch

Religion und Integration

Religion in der Migration – einige Denkanstösse

Migration ist ein wesentlicher Faktor, weshalb in unserem Lebensraum Menschen aufeinander treffen, die bezüglich Religion sehr unterschiedlich geprägt sind – durch ihre Herkunft oder persönliche Entwicklung (u. a. Sozialisierung). In der Regel ist es jedoch nicht die unterschiedliche religiöse Praxis von zugewanderten Menschen und Aufnahmegesellschaft, die dabei zu Konflikten führt, sondern diese werden durch religionsbasierte Wertvorstellungen sowie Familien- und Gesellschaftsbilder ausgelöst.

Diese Differenzierung wird jedoch häufig unterlassen. In der öffentlichen Wahrnehmung stehen Konflikte im Vordergrund, in kirchlichen Kreisen sucht man eher nach Bereicherung im so genannten «interreligiösen Dialog». Ein positives Verhältnis zu hier nicht traditionellen Religionen haben auch viele bei ihrer Sinnsuche (Buddhismus, Schamanismus usw.).

Gleiche Rechte für alle religiösen Gruppierungen

Das gängige Muster der Aufnahmegesellschaft – wohl auch bei den Grünen verbreitet – Religion als reine Privatsache zu sehen oder Religion als überflüssig und «etwas für Rückständige» zu taxieren, akzentuiert die Polarisierung. Unterschiedliche Paradigmen über den Stellenwert von Religion in der Gesellschaft stehen sich dann gegenüber – scheinbar unversöhnlich.

Das Integrationspapier geht in einem Kapitel auf Religion als Integrationsfaktor ein. Referenzgrösse ist dabei nicht die vollständige Trennung von Kirche und Staat (besser: von Religion und Staat), sondern es legt gleiche Rechte für alle religiösen Gruppierungen zu Grunde. Wäre dem anders, würden Migrationsgruppen einmal mehr mit weiteren Benachteiligungen belastet (zur Freude einschlägig bekannter Kreise, die von einer «schweizerischen Leitkultur» schwafeln) – für die Trennung von Religion und Staat hingegen wäre nichts gewonnen (siehe Anmerkung des Autors).

Religion und Werte im «Reisegepäck» der Migration

Das was vertraut ist, das was mit (im höchsten Masse gefährdeten) Werten verbunden wird, das was in Ritualen «wie vorher» praktiziert werden kann, vermittelt etwas von jener Beheimatung und Sicherheit, die so schmerzlich vermisst wird. Es erstaunt deshalb nicht, dass Religion in der Migration sehr oft einen viel höheren Stellenwert bekommt als vorher und dass sie entschiedener gelebt wird – und dass so Konflikte und Irritationen nicht nur bei der Aufnahmegesellschaft resultieren, sondern auch zu innerfamiliären Zerreisproben werden können. Beheimatung und Sicherheit braucht jeder Mensch – die Frage ist, wo er sie verbindlich erfahren kann: Nur an Herkunft orientiert oder auf Zukunft hin offen? Mit Religion oder ohne und mit welcher ist dann sekundär.



Andreas Heggli
Mitglied Arbeitsgruppe Integration
Adligenswil

Anmerkung des Autors: *Überhaupt scheint mir, tun die Grünen gut daran, nicht unbedacht im Sinne einer «reinen Lehre» für eine radikale Trennung von Religion und Staat einzutreten. Nicht dass diese Trennung nicht eindeutiger werden darf und soll! Jedoch ist dann auch sehr entschieden zu fragen, wer denn in Zukunft jene sozialen, gesellschaftlichen Anliegen tragen wird, für die jetzt Kirchensteuern – von natürlichen und juristischen Personen – und Spenden eingesetzt werden. Dies kann hier nur angedeutet werden. Wünschenswert wäre, dass sich die Grünen eine fundierte und kritisch-konstruktive Position erarbeiten, auf kantonaler wie auf schweizerischer Ebene. Die Thematik wird wohl wegen verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen die politische Agenda bald relativ stark prägen. Warum nicht prospektiv ein paar Pflöcke einschlagen? Warum ändern das Thema überlassen?*



Interview über Integration mit Williams Kalume

«Teilnahme an Entscheidungen ist mir wichtig»

Was meinen Betroffene zum Thema Integration? Williams Kalume ist 46 Jahre alt, Familienvater, kommt aus Kongo (ehemals Zaïre) und lebt seit zwölf Jahren in der Schweiz. Er arbeitet als Betriebslogistiker und interkultureller Vermittler. Rita Ueberschlag sprach mit ihm über die Vorschläge des Positionspapiers Integration der Grünen.

Rita: Die Grünen haben ein Integrationspapier verfasst und möchten sich damit politisch positionieren. Welche der vorgeschlagenen Ziele sind aus Deiner Sicht am wichtigsten voranzutreiben und zum politischen Thema zu machen?

Williams: Zuerst möchte ich mich für das Interesse bedanken und den Grünen gratulieren zu diesem tollen Positionspapier! Die wichtigsten Ziele sind aus meiner Sicht die politischen Rechte und die Einbürgerung sowie Schule und Bildung, besonders Sprachen. Grundsätzlich müssen sich MigrantInnen um ihre Integration bemühen, aber es braucht auf beiden Seiten Willen, Toleranz, Akzeptanz und gegenseitiges Verständnis. Die Sprache ist eine wichtige Säule der Integration und sollte als direktes Kommunikationsmittel mehr gefördert werden. MigrantInnen sollten zudem besser informiert werden über das politische System in der Schweiz, nicht nur über das soziale Leben.

Unter «Fördern und Fordern» wird mit Integrationsvereinbarungen, die auch den Aufenthalt in der Schweiz beeinflussen, eine «gelungene» Integration gemessen. Welche Hilfen oder Massnahmen waren für Dich wichtig, um hier in der Schweiz «heimisch» zu werden?

Ich bin von Natur aus sehr offen und suche selber Kontakt, das war meine grösste Hilfe. Weitere Anlaufstellen waren der Quartierverein und die Kirche, später schloss ich mich dem Veteranenteam eines Fussballklubs an.

Der Kanton und die Gemeinden diskutieren die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer, die fünf Jahre Wohnsitz im Kanton Luzern haben. Würde das der Integration dienen?

Ja, ich finde es wichtig, bei einer Abstimmung als Einwohner eines Quartiers, einer Gemeinde oder des Kantons an den Entscheidungsprozessen für ein Thema oder Projekt teilnehmen zu können. Die Politik könnte zudem von den AusländerInnen profitieren, weil diese neue Ideen einbringen. Aber betreffend des Stimm- und Wahlrechts bin ich zurückhaltend, weil fünf Jahre eine zu kurze Zeit sind, um das schweizerische Rechtssystem, die Geschichte oder die politische Ordnung zu verstehen. Integration ist ein Prozess mit zwei Phasen: Integration im engeren Sinne dauert länger als fünf Jahre, erst dann kommt Partizipation als zweite Phase der Integration.



Schulungen und Weiterbildungen der ArbeitgeberInnen in interkultureller Kompetenz? Was hältst du davon?

Ja, ArbeitgeberInnen sollten ausländische ArbeitnehmerInnen unbedingt spezifisch fördern. Interkulturelle Kompetenz ist am Arbeitsplatz sehr wichtig. Den ArbeitgeberInnen sind die Probleme der MigrantInnen oft nicht bewusst.

Lieber Williams, vielen Dank für dieses Interview.



Rita Ueberschlag
Mitglied AG Integration
Luzern



Armut in der Schweiz

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eigentlich müsste es in der Schweiz keine Armut geben. Unser Land gehört zu den 10 reichsten der Welt. Tatsache ist jedoch, dass nach aktueller Schätzung 380'000 Menschen unter der Armutsgrenze leben. Die 300 reichsten Menschen in der Schweiz besitzen gleich viel Reinvermögen wie 95 % der Bevölkerung zusammen. Obwohl wir alle ohne finanzielle Not, ohne Leistungszwänge und Dauerstress unseren Alltag bewältigen könnten, gibt es in der Schweiz Armut. Es ist an der Zeit, über neue Wege im wirtschaftlichen System der Schweiz und der ganzen Welt zu diskutieren. Ein Modell ist mir dabei besonders aufgefallen: Das bedingungslose Grundeinkommen.

Der Grundsatz

Es gibt verschiedene Varianten dieses Modells. Der Grundsatz ist jedoch immer derselbe: Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält ohne jede Bedingung einen festgelegten Betrag. Dieser Betrag muss genug gross sein, um ein Leben in Würde und ohne Existenzängste zu sichern. Sozialleistungen würde es keine mehr geben.

Finanzierung

Die Finanzierung wäre gewährleistet, weil alle Menschen ein Einkommen haben, sie könnten also auch konsumieren. Der Staat und das Grundeinkommen wird alleine durch eine Steuer finanziert – einer erhöhten Konsumsteuer. Dieses System hat nichts mit Wettbewerbsfeindlichkeit zu tun. Leistung wird immer noch belohnt. Es würde ein normaler Wettbewerb stattfinden. Wir würden nicht arbeiten, weil wir Geld verdienen müssen, im Gegenteil, wir könnten arbeiten, weil es uns befriedigt, einer interessanten Tätigkeit nachzugehen.

Die Chance

Das bedingungslose Grundeinkommen ist in erster Linie eine Rückkehr zum Sinn eines wirtschaftlichen Systems: Die Ökonomie soll sicher stellen, dass jeder Mensch leben, sich entfalten und sich etwas Gutes tun kann. Der Mensch sollte im Zentrum stehen, nicht der Gewinn der Unternehmung. Das ist eigentlich das Revolutionäre dieser Idee. Für mich stellt dieser Verlust von Zwängen und Ängsten eine Chance zur Stärkung der Demokratie. Der Bürger hat mehr Zeit sich zu entfalten, seine Persönlichkeit zu entwickeln und sich mit anderen Problemen als der ständigen Angst vor der sozialen Isolation durch Armut auseinander zu setzen.

Die neue Freiheit

Viele Argumente der bürgerlichen Parteien wären mit diesem Modell hinfällig, das Ausnutzen von Existenzängsten um die Umverteilung noch stärker voran zu treiben würde sich erheblich schwieriger gestalten. Denn wie viele Menschen arbeiten wirklich daran, den «Reichtum» zu vergrössern, welche Firma schafft tatsächlich neue Arbeitsplätze mit den neuen, liberaleren Gesetzen? In Wahrheit versucht jede Firma die Anzahl der Arbeitskräfte durch Rationalisierung zu verkleinern. Der Umsatz steigt immer stärker im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen. Forschung und Entwicklung dient oft dazu, die Arbeitsschritte effizienter zu machen. Damit wird der Gewinn erarbeitet. In diesem System wird es schwierig, finanzielle Abhängigkeit zu verhindern. Dagegen wäre das bedingungslose Grundeinkommen eine gute Lösung.



*Gian Waldvogel
Vorstandsmitglied Junge Grüne Luzern
Kriens, kaufmännischer Praktikant*



Abstimmung: Das Referendum gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung

Nein zum unsozialen Abbau

Am 26. September kommt das Referendum gegen die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung zur Abstimmung. Die Grünen lehnen diese Vorlage ab, denn sie verschlechtert zum einen die Versicherungsleistungen für junge Menschen und Langzeitarbeitslose und verlangt zum andern höhere Beiträge.

Das revidierte Gesetz ist eine Zumutung für Arbeitslose und ihre Angehörigen. Es fordert höhere Beiträge und verschlechtert trotzdem die Leistungen. Über 600 Mio. Franken sollen die diversen Abbaumassnahmen einbringen: Längere Wartezeiten für junge Leute, kürzere Beitragsdauer und Benachteiligungen für Langzeitarbeitslose werden eingefordert.

Versprechen sind einzuhalten

Die BefürworterInnen, so etwa das Seco und der Bundesrat, rücken die Schulden der Arbeitslosenversicherung (ALV) ins Zentrum und verkaufen die Erhöhung der Beiträge und die «moderaten» Abbaumassnahmen als «ausgewogene Lösung». Doch das sind sie nicht, nicht für die Betroffenen. Wichtig zu wissen: Die 3. Revision der ALV von 2002 enthielt ein Versprechen! Mit der Revision wurden die Taggelder von 520 auf 400 Tage reduziert, dafür würde der Bundesrat die hohen Einkommen zu einer Solidaritätsabgabe verpflichten, wenn der Schuldenstand des ALV-Fonds 5 Mrd. Franken erreicht. Jetzt ist es soweit, doch nun wollen das Seco, der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien nichts mehr davon wissen und das Versprechen brechen!

Die Lösung des Schuldenproblems ist also bereits vorhanden und es ist gerade nicht so, dass bei einer Ablehnung der Vorlage die Versicherung dem Untergang geweiht ist – im Gegenteil. Mit der vorgesehenen Solidaritätsabgabe lässt sich die Sanierung ausserdem schneller herbeiführen als auf dem vorgeschlagenen Weg.

Grosseinsatz nötig

Die Gegner der Revision sind zahlreich. Zentrale Träger des Referendums sind die Gewerkschaften aller Schattierungen. Sie werden unterstützt von Jugendorganisationen; denn die Jungen wären die Hauptbetroffenen von höheren Zutrittsbarrieren, längeren Wartezeiten und weniger Taggeldern. Auch viele Frauenorganisationen sprechen sich aufgrund der Benachteiligung von Wiedereinsteigerinnen dagegen aus. Hilfswerke wie das SAH und kirchliche Kreise sagen, im Wissen um die negativen Auswirkungen auf die Schwachen unserer Gesellschaft, ebenfalls nein. Schliesslich sind auch viele Gemeinden und Städte nicht bereit, anstelle

der Versicherung die Risse im sozialen Netz mit wirtschaftlicher Sozialhilfe flicken zu müssen.

Trotz der breiten Gegnerschaft: Für ein Nein braucht es unseren Einsatz in der Öffentlichkeit. Helfen wir aktiv mit, diese asoziale Vorlage zu «bodigen»! Es darf nicht sein, dass die Abzocker wieder und weiter ihre Konten äufnen, während die Krisenopfer doppelt bestraft werden, indem sie nicht nur die Arbeit verloren haben, sondern auch noch schlechtere Versicherungsleistungen erhalten.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Referendum über die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Parole: NEIN

Möchtest Du dich gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung engagieren? Auf www.gruene-luzern.ch findest Du diverse Möglichkeiten!

natur-farben.ch
kurt unternäherer
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Referendum zur Änderung des Stimmrechtsgesetzes

Den Wählerwillen ernst nehmen

Den Einen zu gross, den Anderen zu klein, für die Einen zu kompliziert zum Rechnen, den Anderen zu unfair bei der Stimmverteilung. Bei der Abstimmung zum Referendum zur Änderung des Stimmrechtsgesetzes geht es um Wahlkreise, Stimmverwertung, natürliches Quorum, Abbildung des Wählerwillens und um das Entlebuch.

Ein Wahlkreis muss eine gewisse Grösse aufweisen, damit bei der Proporzwahl der Wille der Wählenden abgebildet wird. Je kleiner der Wahlkreis, desto grösser auch die Gefahr der erfolglosen Stimmen. Oder anders ausgedrückt: Wenn die Wahlkreise so klein wären, so dass pro Wahlkreis nur ein, zwei Kantonsratsmandate möglich wären, würden jeweils nur die zwei stärksten Parteien ein Mandat gewinnen. Kleinere Parteien hätten keine Chancen ins kantonale Parlament gewählt zu werden.

Wahlkreis Entlebuch genügt den Vorgaben nicht mehr

Dies würde in keiner Form den Willen der Wählenden abbilden, denn alle Stimmen, die den anderen Parteien gegeben wurden, wären verloren. Damit die Demokratie und der Proporzgedanke geschützt werden, macht der Bund Vorgaben zur Grösse von Wahlkreisen. Der Wahlkreis Entlebuch ist in Bezug auf die Anzahl Sitze zu klein und genügt den bundesrechtlichen Vorgaben nicht mehr. Im Rahmen

der Neueinteilung des Kantons in Gerichts- und Verwaltungsbezirke wurde die dafür beauftragte Spezialkommission vom Kantonsrat zusätzlich beauftragt, die Wahlkreise neu einzuteilen.

Wahlkreisverbund als Kompromisslösung

Nach intensiver Diskussion und zahlreichen, zum Teil haarsträubenden Vorschlägen, schlug die Spezialkommission den Wahlkreisverbund Entlebuch-Willisau vor und dass die Gemeinde Wolhusen künftig zum Wahlkreis Entlebuch gehören soll. Beim Wahlkreisverbund sind nur Kandidierende aus dem eigenen Wahlkreis wählbar, jedoch bei der Mandatsverteilung, also bei der Berechnung der Anzahl der Parteisitze, werden die Wahlkreise zu einer höheren Einheit verbunden. So könnten beispielsweise Stimmen für eine kleine Partei im Wahlkreis Willisau einer Kandidatin der gleichen Partei im Wahlkreis Entlebuch zu einem Mandat verhelfen, welches sie lediglich mit den Stimmen aus dem Wahlkreis Entlebuch nicht erreicht hätte. Der Wahlkreisverbund bewahrt somit das Proporzsystem und verhindert zu viele erfolglose Stimmen, ermöglicht also die Einhaltung der bundesrechtlichen Vorgaben.

Die Grüne Fraktion hat immer wieder festgehalten, dass die Variante des Wahlkreisverbundes eine Kompromisslösung ist, denn die Zusammenlegung der beiden Wahlkreise wäre einfacher und einheitlicher gewesen. Den Grünen ist in der ganzen Diskussion um Wahlkreise vor allem wichtig, dass der Wählerwille ernst genommen und möglichst alle Stimmen verwertet werden. Mit der Einführung des Wahlkreisverbundes wird die Anzahl der verwerteten Stimmen um ein Vielfaches verbessert, weshalb der Verbund klar zu unterstützen ist.



Christina Reusser
Kantonsrätin Grüne
Ebikon

Referendum über die Änderung des Stimmrechtsgesetzes betreffend Wahlkreise der Kantonsratswahlen

Parole: JA

Ueli-Hof – jetzt auch in Luzern:
Bio-Fleisch von der Metzgerei Moosmatt



Moosmattstr. 17, Luzern
Telefon 041 310 71 15

Dienstag bis Freitag
7.30–12.15 und 14.00–18.30

Samstag
7.30–12.15 und 13.15–16.00

Ueli & Hof
www.uelihof.ch

Initiative zur «Rettung der Schmiede»

Stadtentwicklung: Mit oder ohne Schmiede?

Am 26. September stimmt die Bevölkerung der Stadt Luzern über die Initiative «Rettet die Schmiede – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern» ab. Die Parolenfassung der Grünen Stadt Luzern erfolgte nach Redaktionsschluss dieser Rundbrief-Ausgabe an der Mitgliederversamm-

lung vom 1. September 2010. Die beschlossene Parole ist auf unserer Homepage www.gruene-luzern.ch abrufbar. Christian Hochstrasser und Alain Greter kreuzen dazu im Rundbrief schon mal die Klingeln.

Pro Initiative

Lebensqualität am Pilatusplatz?

Ich finde die «Schmiede» eine gemütliche Beiz. Beizen dieser Art werden leider immer seltener. Aber bei der Initiative zur Erhaltung der «Schmiede» geht es um etwas ganz Anderes: Um die Stadtentwicklung am Pilatusplatz, um Standortwettbewerb und die städtische Baupolitik.

Die mögliche Aufstockung auf dem Grundstück der «Schmiede» verteuert die Sanierung des Hauses (indirekte Zusatzkosten durch entgangene Erträge mit aufgestocktem Haus), genauso wie die durch den prophylaktischen Abriss des Nachbarhauses herbeigeführte Instabilität. Darum sei die Sanierung der «Schmiede» nun zu teuer! Die Initiative zur «Schmiede» ermöglicht ein Veto gegen diese spekulative Baupolitik.

Die Stadtplanung am Pilatusplatz ist aber mit oder ohne «Schmiede» ein heisses Eisen. Mitten in der Verkehrsachse Kasernenplatz – Eichhof ist eine Entwicklung eine spezielle Herausforderung. Es gibt vergleichbare kreative Projekte, wie man solche Orte gezielt aufwerten und verdichten könnte – mit Steigerung der Lebensqualität!

Wer jedoch die geplanten Nutzungen der Stadt betrachtet, findet grosse zusammenhängende Büro- und Parkflächen! Von beiden gibt es in unmittelbarer Nähe mehr als genug, auch leer stehende. Für die Stadt geht es aber um Steuersubstrat, um Schlüsselareale, um so genannten Standortwettbewerb! Mit einem Ja zur Initiative muss die Stadt über die Bücher und die Nutzung des Areals muss demokratisch diskutiert werden.



Christian Hochstrasser
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern

Kontra Initiative

Zweckmässige Verdichtung und städtebauliche Aufwertung

Die Gründe für den Abbruch des Wirtshauses «Schmiede» sind augenfällig. Der wichtigste ergibt sich aus raumplanerischen Überlegungen. Um die Siedlungsentwicklung nach innen zu fördern, müssen wir die bestehenden Bauzonen besser ausnützen. Wo sollen wir verdichten, wenn nicht am Pilatusplatz? Dieser Ort mit Unternutzung und Baulücken ist dazu prädestiniert.

Auch aus städtebaulichen Gründen kommt nur ein Abbruch in Frage. Durch verdichtete Bauweise und durch sorgfältig gestaltete Aussenräume kann der Pilatusplatz nur gewinnen. Neue Platz- und Aufenthaltsbereiche können geschaffen und bestehende Hofbereiche aufgewertet werden.

Schliesslich sprechen noch wirtschaftspolitische Gründe für den Abbruch der «Schmiede». Mit einem neuen, höheren Gebäude wird die Ausnützung optimiert. Allerdings ist nicht Wachstum um jeden Preis gefragt. Die zentrale Lage in Fussdistanz zum Bahnhof ist beispielsweise ideal für autofreie Wohn- und Arbeitsformen. Diesbezüglich braucht es klare Vorgaben an potenzielle Investoren.

Es gibt andere so genannte Schlüsselareale, Stichwort Industriestrasse, wo sich Widerstand wirklich lohnt. Am Pilatusplatz ist Verdichtung zweckmässig und ermöglicht erst noch eine städtebauliche Aufwertung. Deshalb lehne ich die Initiative «Rettet die Schmiede» ab.



Alain Greter
Kantonsrat Grüne
Luzern

Die Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Abstimmung über die Städte-Initiative

Ja zu einer nachhaltigen städtischen Mobilität

Am 26. September 2010 stimmt die Stadt Luzern über die Initiative «Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Luzern» (Städte-Initiative) ab. Der stadträtliche Gegenvorschlag dazu reicht nicht; nur mit einem Ja zur Initiative werden der öffentliche Verkehr sowie der Langsamverkehr konsequent gefördert.

Um die städtischen Verkehrsprobleme mit einem nachhaltigen Ansatz anzugehen, hat umverkehrt die Städte-Initiative lanciert. Die Initiative verlangt, den heutigen Anteil an ÖV- und Langsamverkehr innert 10 Jahren um 10 % zu steigern und dies in der Gemeindeordnung der Stadt Luzern festzuhalten. Der vom Stadtrat ausgearbeitete Gegenvorschlag nimmt zwar wichtige Punkte und Projekte der Verkehrsproblematik auf, ganz im Sinne der Charta für nachhaltige städtische Mobilität. Leider sind diese unverbindlich und ohne zeitlichen Horizont formuliert. Zudem sind mit dem vorgeschlagenen Reglement auch Umfahungsstrassen vorgesehen, obwohl die Erfahrungen und aktuellen Beispiele zeigen, dass der Ausbau von Strassenkapazitäten Mehrverkehr generiert. Der Gegenvorschlag geht in die richtige Richtung, reicht aber nicht. Für eine nachhaltige Mobilität braucht es griffige Ziele.

Der Platz ist beschränkt

In der Diskussion um die städtischen Verkehrsprobleme darf nicht vergessen werden, wie eng Siedlung und Verkehr miteinander verknüpft sind. Der Platz in dicht besiedelten urbanen Räumen ist beschränkt, auch für Strasseninfrastrukturbauten. Eine nachhaltige Raumentwicklung erfordert zwingend eine Verlagerung des motorisierten In-

dividualverkehrs auf den Langsamverkehr. Mit der durch die Revision der Bau- und Zonenordnung der Stadt Luzern beabsichtigten inneren Verdichtung werden sich mehr Menschen auf dem gleichen Raum bewegen. Um die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten und gar zu verbessern, muss es die konsequente Strategie der Stadt sein, den daraus generierten Mehrverkehr mit dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr abzufangen und Kapazitäten dafür zu schaffen. Die Städte-Initiative trägt diesem Umstand Rechnung.

Die Grünen sagen ja zu einer zukunftsträchtigen, nachhaltigen städtischen Mobilität! Der Gegenvorschlag ist besser als gar nichts, aber zu wenig konkret. Darum beschloss der städtische Vorstand zum Gegenvorschlag Stimmfreigabe.



Korintha Bärtsch
Grossstadträtin Grüne
Luzern

Initiative «Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Luzern (Städte-Initiative)»

Parole: JA

Gegenvorschlag «Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität»

Parole: Stimmfreigabe

Stichfrage: Initiative

M V

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Kantonale Initiative «Mehr fürs Velo»

Alles paletti fürs Velo – schön wär's

Der Regierungsrat findet die kantonale Veloinitiative überflüssig. Man tue schon viel, lautet der Tenor, und die gesetzlichen Grundlagen zur Veloförderung seien längst vorhanden. Schön wär's – die Praxis sieht um einiges anders aus.

Gerade ist eine Einwohnerbefragung im Kanton Luzern veröffentlicht worden. Sie zeigt, dass ein Grossteil der Bevölkerung in vielen Bereichen zufrieden ist und gerne im Kanton Luzern wohnt. Es gibt aber auch Schwachstellen: So wird die Situation der Velofahrenden nur von der Hälfte der Bevölkerung als gut bezeichnet. Dies im krassen Gegensatz zum öffentlichen Verkehr und zur Situation für die AutofahrerInnen, die viel besser bewertet wird.



Sicherheit für Velofahrende bedeutet Lebensqualität

Das Resultat erstaunt nicht: Umfragen in Dörfern oder Quartieren zeigen immer wieder, dass die Sicherheit für Velofahrende ein grosses Thema und für die Lebensqualität ganz wichtig ist. Deshalb ist ebenfalls nicht erstaunlich, dass die Initiative «Mehr fürs Velo» leicht Unterschriften sammelte und spontan von vielen Personen befürwortet wird. Die Initiative fordert eine gesetzliche Grundlage für die Veloförderung.

Der Regierungsrat ist in der Botschaft ans Parlament ebenfalls voll des Lobes für die Veloförderung. Die Vorteile für den vermehrten Einsatz des Velos beurteilt der Regierungsrat ähnlich wie die InitiantInnen. Nur schätzt er die Situation gänzlich anders ein: Man tue doch schon viel, die gesetzlichen Grundlagen für die Veloförderung würden bereits bestehen und damit sei die Initiative überflüssig.

Mister oder Miss Veloförderung

Mag sein, dass vieles bereits gesetzlich verankert ist und damit möglich ist – oder wäre. Denn trotz

den schmeichelnden Worten hat die Veloförderung im Kanton eine sehr untergeordnete Bedeutung. Sie wird zwar in Verkehrspapieren immer auch erwähnt, sie fehlt dann aber bei konkreten Verkehrsmassnahmen. Bypass, Spange Süd, Rontalzubringer, Schwanderholzstutz oder auch Tiefbahnhof – das sind die Stichworte, welche allen voran Regierungsrat Max Pfister gerne anführt. Eine Strategie zur Veloförderung dagegen fehlt. Sie wird ohne Annahme der Initiative auch inskünftig fehlen: Die Regierung ist trotz Initiative nicht bereit, einen Schritt vorwärts zu machen. Wie wäre es mit einem Planungsbericht Velo, in dem die möglichen Massnahmen breit aufgelistet und diskutiert werden könnten? Oder mit einem Mister, einer Miss Veloförderung? Einen Kredit für kreative Veloförderungsprojekte?

Voraussichtlich im Februar wird die Volksabstimmung stattfinden. Sie ist nicht chancenlos, denn die Unzufriedenheit ist gross. Es wird an den Grünen liegen, hier kräftig in die Pedalen zu treten, damit der Kanton Luzern zu einer neuen Verkehrspolitik kommt.



Michael Töngi
Kantonsrat Grüne
Kriens

**Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben**

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

**patrick
STEINER**

Die Grünen fordern mehr Busspuren

Den ÖV auf der Strasse konsequent bevorzugen

Es ist seit Jahren dasselbe Bild im Luzerner Verkehr: Verstopfte Strassen hindern die Busse am Vorwärtskommen, streckenweise ist man sogar zu Fuss deutlich schneller. Damit lässt die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu wünschen übrig und die gewünschten Umsteigeeffekte bleiben aus. Ein Paket an Vorstössen im Grossstadtrat soll dies ändern.

Abhilfe gegen die verstopften Strassen ist vorerst nicht in Sicht: Die Entlastung des Busnetzes durch einen Ausbau der S-Bahn ist abhängig vom Ausbau des Schienennetzes, der aber noch in weiter Ferne liegt. Kanton und Stadt setzen zudem auf die Entlastung durch neue Hochleistungsstrassen, was unsinnig ist und ebenfalls viel zu lange dauert.

Die Grünen der Stadt Luzern wollen aber vorwärts machen in der Verkehrspolitik. Neben dem Einsatz für einen Bahnausbau und für sichere Velowege verlangen wir, dass der öffentliche Verkehr im Strassenraum konsequent bevorzugt wird, denn der Bus beansprucht im Vergleich zum Auto pro Passagier nur einen Bruchteil der knappen Fläche. Mit Busspuren und Pfortneranlagen ist dafür zu sorgen, dass dieses platzsparende Verkehrsmittel nicht mehr durch den motorisierten Individualverkehr behindert wird.

Vorstosspaket im Grossstadtrat

Im August haben deshalb die Grünen im Grossstadtrat ein Paket mit vier Vorstössen zum Thema Verbesserung des Busverkehrs eingereicht:

■ Um den in der Pilatusstrasse oft auftretenden Busstau zu verhindern, soll der Abschnitt vom Viktoriaplatz zum Bahnhof für den öffentlichen Verkehr reserviert werden. Der motorisierte Individualverkehr Richtung Bahnhofplatz könnte besser dosiert und die Behinderung durch rechts abbiegende Autos beseitigt werden.

■ In den sich stark entwickelnden Gebieten im Tribschenquartier von der City Bay-Überbauung bis zu den seeseitig gelegenen Teilen der Tribschenstadt ist die Distanz zur nächsten Bushaltestelle teilweise klar zu gross. Deshalb soll eine der Linien 6/8 oder 7 via Landenbergstrasse, Werftstrasse und Inseliquai geführt werden.

■ Eine Busspur in Ebikon, verbunden mit einer Dosierung des motorisierten Individualverkehrs, kann die Überlastung von Maihof- und Zürichstrasse verhindern. Da der Kanton im Begriff ist, die Chance, die der Rontalzubringer für die Ortsdurchfahrt Ebikon bietet, leichtfertig zu verspielen, muss die Stadt vehement für die flankierenden Massnahmen eintreten.

■ Eine Verlängerung der Buslinie 1 bis zum Bahnhof Ebikon könnte die Verbindung Luzern – Ebikon noch attraktiver machen. Grössere Fahrzeuge (Doppelgelenkbusse) brächten mehr Kapazität, und es entstünden neue Direktverbindungen über den Luzerner Bahnhof hinaus. Ein reduzierter Takt der Linien 22/23 als Expressbus könnte weiterhin Direktverbindungen Inwil/Perlen/Dierikon/Root – Luzern bieten. Dank der deutlichen Angebotsverbesserung würden Seebrücke und Schweizerhofquai entlastet.



Andreas Schönbächler
Mitglied Vorstand Grüne Stadt Luzern
Luzern



Bioprodukte vom Hof und aus der Region



EMMER BIOHOF

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

**Die Druckerei
in der
Luzerner Neustadt**

g e g e n d r u c k _ G m b H
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Aus dem Leben eines Velokuriers

Als Velokurier ist man seiner Zeit voraus

Velokurier Gregor Koller lässt mit diesem Bericht die LeserInnen an den Abenteuern seines Berufes teilhaben.



Als Velokurier ist man seiner Zeit voraus, bereits am Morgen, die Schicht beginnt früh. Im Sommer mit der Sonne, im Winter – nicht. Die Natur zeigt sich nur im Sommer konzilient, im Winter erfahre ich unter anderem, wieso den Inuit für das Phänomen Schnee ein Wort nicht ausreicht, ich lerne: Schnee lässt sich in verschiedene Grade der Glitschigkeit unterteilen. Heute ist nicht Winter. Glück gehabt. Ich steure mein Fahrrad wie jeden Morgen Richtung Post, um für diverse Kunden die Postfächer zu leeren, die Briefe und Pakete danach auf einer vorgegebenen Route zu verteilen und sobald ich fertig bin, mich per Funk beim Disponenten zu melden, um weitere Aufträge zu erhalten. Der Funk piepst, die Stimme des Disponenten klingt verdächtig freundlich, mir schwant, er wird mich irgendwohin schicken, wo die Oberschenkel brennen werden, das Herz rasen wird und tatsächlich, er hat eine Steigung gefunden, wie sie nur Disponenten finden. Für einen Augenblick befällt mich die Idee, es ruhig angehen zu lassen, nur, es geht nicht, der Berufsethos. Er ist Freund und Feind, quält einem zu Höchstleistungen, auch nach Stunden. Zum Beispiel, als ich am Ende einer Schicht,

nach gefühlten zehn Mont-Ventoux-Bezwingungen, ein weiteres Mal in die Höhe musste. Und da wurde mir ein Fahrrad mit Kinderanhänger gewährt, welches sich mit flottem Tempo die Strasse hoch wand, die Distanz zwischen uns schien nicht kleiner zu werden, das ging nicht, da war er, der Berufsethos. Mit dem Mut des Verzweifelten wuchtete ich mich hoch, gab alles, endlich, setzte zum Überholen an, wollte einen Blick des Gegners erhaschen, sah ein Elektrovelo und kam zugleich zur Erkenntnis: Ingeborg Bachmann behielt nicht recht, als sie sagte: «Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar».

Der Auftrag ist abgeholt, wieder piepst der Funk, in meiner Nähe kann ich eine zusätzliche Sendung einpacken, bevor ich die erste abgebe. Ich freue mich, so lässt sich der Umsatz schnell erhöhen, schliesslich wird man pro Auftrag bezahlt. Ein Paket nach Bern. Ein prüfender Blick auf die Uhr: 08:51. Der Zug fährt in neun Minuten. Das ist der grosse Auftritt eines jeden Velokuriers, die Königsklasse der Aufträge, alles muss noch schneller gehen. Der Fischadler erreicht eine Spitzengeschwindigkeit von bis zu 80 km/h, wenn er sich auf seine ahnungslose Beute herabsenkt. Ich jage die Zürichstrasse hinunter, während die Kundin das Paket zuklebt, ahnungslos, dass gleich ein Velokurier zur Tür hereinsprescht, freundlich aber bestimmt des Pakets habhaft wird und seinen Sturzflug fortsetzt. Dem Schweizerhofquai entlang. Einem Auto, welches ohne zu blinken rechts abbiegt, weiche ich links aus, ein Blick auf sein Vorderrad hat mir seine Absicht verraten. Über die Seebrücke. Der Bahnhof. Für ein herannahendes Projektil (ich), ein kunterbuntes Gemisch aus Gefahren. Zwar hat es einen Velostreifen, wo man sich als geschützte Spezies sicher fühlen sollte, aber, wer auch immer die rote Farbe auf den Asphalt pinselte, tat dies mit bewundernswerter Akribie derart nahe an den wartenden Taxis vorbei, dass bereits ein geöffneter Tankdeckel zu einem preisgekrönten Salto über den Lenker führt. Also gleich in der Mitte der Strasse bleiben. Der Haupteingang. Elegant vom Velo gesprungen, geschmeidig wie eine Katze durch die Leute hindurch zum Perron. Eingeladen, geschafft. Ein Augenblick des inneren Triumphes, ohne Zuschauer, ohne Blitzlicht, nur für mich. Durchschnaufen. Der Funk piepst und weiter geht es, dem nächsten Abenteuer entgegen.



*Gregor Koller
Velokurier
Luzern*

Für mehr Informationen: www.velokurierluzern.ch

Veloventil

Lebenswerter – oder weniger lebensgefährlich

In diesem März wurde auf unserer Homepage mit dem Veloventil die interaktive politische Mitwirkung aktiv lanciert. Seither wurden mehr als dreissig Vorschläge für bessere Berücksichtigung der Veloanliegen platziert.

Wir danken für die vielen konstruktiven und haarsträubenden Berichte, die Eingang in unser Veloventil gefunden haben. Offenbar ist das Veloärgeris in der Stadt Luzern und Umgebung wirklich grösser, als die offiziellen Stellen immer wieder betuern. Uns VelofahrerInnen überrascht dies ja nicht, aber wir müssen nun dafür sorgen, dass dies auch andere merken.

Weitere Beiträge sehr erwünscht

Die vielfältigen Beiträge und Fotos werden nicht etwa schubladisiert, sondern bis zum Herbst gesammelt, geordnet und dann der Stadt Luzern (oder den betroffenen anderen Gemeinden) übergeben, damit nicht ignoriert werden kann, dass massiver Handlungsbedarf besteht. Wir gehen davon aus, dass uns die Fotografen und Fotografin-

nen die eingesandten Fotos für die Visualisierung der Gefahrenstellen bei den zuständigen Stellen zur Verfügung stellen werden.

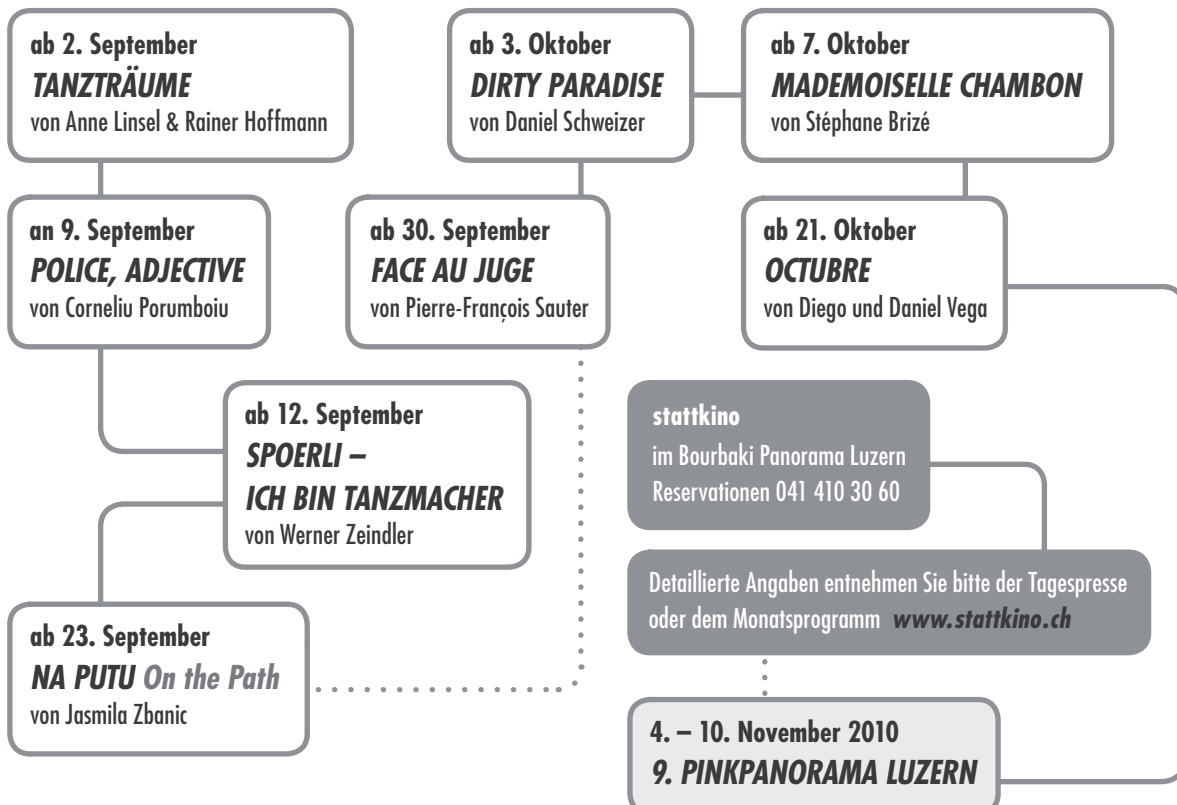
Nun, bitte weitere Fotos machen und Beiträge schreiben, das hilft, die Stadt Luzern für Velofahrer lebenswerter zu machen. Oder realistischerweise auch nur mal ein bisschen weniger lebensgefährlich.



Für die dankbare Arbeitsgruppe Verkehr
Christian Hochstrasser
Luzern

P.S.: Wer sich für eine grüne Verkehrspolitik engagieren will, findet bei der Arbeitsgruppe Verkehr unter www.gruene-luzern.ch weitere Informationen.

stattkino



Emmen: Postulat für die beschleunigte Einbürgerung jugendlicher Second@s

Den Bruch mit der Gesellschaft verhindern

Mit dem Einstieg ins Berufsleben erfolgt für zu viele jugendliche Second@s ein Bruch in der Identifikation mit Gemeinde und Gesellschaft. Neben mangelnder Chancengleichheit auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt und Ausgrenzung im Freizeitbereich trägt auch das immer noch überlange Einbürgerungsverfahren in Emmen seinen Teil dazu bei. Durch eine schnellere Behandlung von Einbürgerungsgesuchen jugendlicher Second@s soll wenigstens in diesem Bereich Abhilfe geschaffen werden.

Ende April dieses Jahres wurde der zweite Teil einer Studie der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit vorgestellt, welche letztes Jahr gut dreissig jugendliche Second@s in Emmen über ihr Leben in der Schweiz befragte. Dieselben Jugendliche wurden bereits in den Jahren 2005 oder 2006 befragt. Während sich die Jugendlichen in der Volksschule «gerecht» behandelt fühlten und sich in hohem Mass mit der Gemeinde und der Gesellschaft identifizierten, folgte danach die Ernüchterung: Schlechtere berufliche Perspektiven und Verfestigung sozialer Ungleichheiten. Während die meisten Jugendlichen in der Volksschule eine Einbürgerung noch als erstrebenswert erachteten, wollten sie drei Jahre später fast samt und sonders nicht mehr eingebürgert werden.

Den Pendenzenberg abbauen

Es ist unbestritten, dass das Bürgerrecht zu einer höheren Identifikation führt und uneingeschränktes Stimm- und Wahlrecht garantiert. Dies fördert die Sicherheit und Mitverantwortung und stärkt das Zugehörigkeitsgefühl. Der Pendenzenberg der Bürgerrechtskommission (BRK) Emmen ist immer noch hoch. Die Antragsstellenden warten bis zu fünf Jahre auf ihre Einbürgerung. Die BRK hat seit letztem Jahr ihren Sitzungsrhythmus erhöht. Trotzdem wird es wohl kaum möglich sein, das Legislaturziel einer dreijährigen Verfahrensdauer bis ins Jahr 2012 zu erreichen. Das heisst, die BRK muss weitere organisatorische Massnahmen treffen, um den Pendenzenberg abzubauen.

Eine Variante wäre, dass durch mehr Sitzungen die Gesuche in der Reihenfolge des Eingangs schneller abgearbeitet werden. Wir schlagen zusammen mit der SP aber vor, dass zusätzliche Sitzungen in erster Linie für Jugendliche Second@s (16- bis 30-jährig) zu reservieren sind. Damit sollen möglichst viele Jugendliche motiviert werden, ihr Gesuch einzureichen. Gerade für diejenigen Jugendlichen, denen es die Lehrstellensuche nicht erlaubt, in Emmen wohnhaft zu bleiben, ist es sehr wichtig, dass das Gesuch innerhalb eines Jahres beantwor-

tet wird. So würden automatisch auch die restlichen Wartezeiten beschleunigt.



Luzius Hafen
Einwohnerrat Emmen
Emmenbrücke



Oeko Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebismalm_rigi@bluewin.ch



Die Idee
von Ihnen
Das Holz
aus der Region
Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Sursee: Stand der Integrationsbemühungen im «zweiten Zentrum» des Kantons

Es dürfte auch gerne etwas mehr sein

Die Grünen Region Sursee versuchten mittels einer Anfrage herauszufinden, ob der Surseer Stadtrat seinen Pflichten im Integrationsbereich nachkommt. Die Antwort hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck.

Sursee erhebt für sich den Anspruch, das zweite Zentrum im Kanton Luzern zu sein. In diesem Bestreben wird man von offiziellen Stellen des Kantons unterstützt. Zentren nehmen für ganze Regionen Aufgaben wahr, welche breit angesiedelt sind und deren Ausführung nicht immer angenehm ist. Daher kommt es, dass man sich gerne aus der Verantwortung stiehlt oder diese gar nicht erst wahrnimmt.

Die Grünen Region Sursee wollten wissen, ob es sich beim Thema Integration von Ausländerinnen und Ausländern um einen solchen Bereich handelt. Um einen Einblick in die Integrationstätigkeiten zu erhalten, wurde im Mai dieses Jahres eine Anfrage an den Stadtrat gestellt. Darin wurde der Stadtrat zu seinen Aufgaben im gegenseitigen Prozess der Integration befragt. Vor allem die Artikel 53 (Förderung der Integration) und 56 (Information) des neuen Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) waren dabei zentral, führen sie doch die anfallenden Verantwortungen auf Gemeindeebene auf.

Strategie vorhanden

Die Antwort des Stadtrates fiel detailliert aus, lässt jedoch einige Lücken erkennen. Die Stadt Sursee besitzt eine Strategie zur Förderung der Integration aus dem Jahre 2002, welche auf Grund des erst im Jahre 2008 eingeführten AuG die neuesten Grundlagen nicht miteinbezieht. Die Integrationsziele des Stadtrates umfassen allgemeine Themen wie die Menschenwürde, die Gerechtigkeit, den Schutz vor Diskriminierung, Toleranz und Chancengleich-

heit. Diese Ziele werden durch eigene Angebote und finanzielle Beiträge an einzelne Gruppen, Vereine, Unternehmen, Kirchen, Schulen und den Kanton zu erreichen versucht.

Wie auf Bundes- und Kantonsebene wird auch in Sursee der Förderung der Sprachkompetenz grossen Wert beigemessen. Die Sprachangebote sind eingekauft und nicht von der Stadt Sursee angeboten, obwohl sie so ausgewiesen werden. Die Subventionierung dieser Lehrgänge ist zu loben, die unsachgemässe Auskunfft hingegen hinterlässt einen fahlen Beigeschmack, schmückt man sich doch mit fremden Federn.

Ohne intensive Lobbyarbeit läuft nichts

Der Aufbau einer Koordinations- und Anlaufstelle für Integrationsfragen, welche in Absprache mit den anliegenden Gemeinden sogar in einem regionalen Rahmen vorstellbar wäre, würde der Boomregion Sursee gut anstehen. Die Schaffung einer solchen Stelle zu prüfen, hält der Stadtrat indes für nicht notwendig. Innovative Integrationsleistungen von kommunaler Seite sind in Sursee ohne intensive Lobbyarbeit nicht zu erwarten. Glücklicherweise scheint sich aufgrund unserer Anfrage eine weitere Interessensgruppe für Themen der Integration zu ergeben.



Dominik Bisang
Grüne Sursee



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Kulturstammtisch: Kulturpolitische «Table modulable»

Einladung zum Zuhören und Mitreden

Seit diesem Frühling lädt die kleine Arbeitsgruppe Kultur des städtischen Vorstandes zum Kulturstammtisch ein. Der Stammtisch ist dazu gedacht, dass Kunstschaffende und Politaktive sich begegnen, austauschen und vernetzen können.

Die Grünen haben den Ruf, offen zu sein für kulturpolitische Anliegen. Es wäre aber durchaus wünschenswert, wenn die Grünen eine aktivere Kulturpolitik betreiben würden. Dafür müssen die Erfordernisse und Wünsche von Kunstschaffenden wie auch vom interessierten Publikum bekannt sein. Wenn sich Kulturpolitik entweder allein an den Kunstschaffenden oder aber bloss am Publikum orientiert, blendet sie stets eine Seite aus. Der Kulturstammtisch bietet eine niederschwellige Plattform an, damit beide sich austauschen können.

WIE AUS 2 MILLIONEN FRANKEN 10 MILLIONEN WERDEN

Arbeitspapier zur Wirtschaftlichkeit
der Filmförderung für die Zentralschweiz.



Interessiert am Verein Film Zentralschweiz

Verein Film Zentralschweiz,
Anna-Neumann-Gasse 7, 6005 Luzern.
Telefon: 079 897 82 83
E-Mail: info@filmzentralschweiz.ch
Internet: www.filmzentralschweiz.ch

Rückblick auf die bisherigen Treffen

Gast des ersten Kulturstammtisches war Judith Estermann. Sie sieht sich in ihrer eigenen Tätigkeit auf und neben der Bühne in erster Linie als Dienstleisterin. Ich wünsche mir mehr solcher Dienstleisterinnen: Engagiert, geradezu ansteckend lebhaft, humorvoll und mit ganzem Herzen bei der Sache. Judith Estermann ist unter anderem Co-Projektleiterin von «Helvetia rockt», der Koordinationsstelle für Musikerinnen aus dem Jazz-, Pop- und Rock-Bereich.

Am zweiten Kulturstammtisch kamen Silvia Isenschmid und Martina Birrer, Mitinitiantinnen des Kulturbüros Zentralschweiz. Dieses Projekt stand auch im Zentrum des Gesprächs. Kulturbüros gibt es bereits in Basel, Bern, Genf und Zürich, und sie werden rege genutzt. Hoffentlich wird bald auch eines in Luzern eröffnet. In einem Kulturbüro können Kunstschaffende zu günstigen Konditionen technische Infrastruktur mieten und von fachlichem Support profitieren.

Zur dritten Gesprächsrunde schliesslich fanden sich Ursula Brunner, Gabriela Gyr und Andreas Stäuble vom Verein Film Zentralschweiz ein. Da der Termin in der ersten Ferienwoche angesetzt war, blieb der Aufmarsch bescheiden. Schade, denn der Verein macht erstklassige Promotionsarbeit für den Film. Ihr Ziel ist eine Zentralschweizer Filmstiftung, die aus verschiedenen Quellen gespiesen wird: Nicht nur die Kantone, sondern auch Gemeinden, Stiftungen und ebenso die Wirtschaft sind gefordert. Denn Filmförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Das Positionspapier des Vereins «Wie aus 2 Millionen Franken 10 Millionen werden» zeigt das wirtschaftliche Potenzial des professionellen Filmschaffens in der Zentralschweiz auf.

Nächste Daten

Ab September geht der Kulturstammtisch in eine zweite Staffel. Wer Lust hat, zuzuhören oder mitzureden, ist an folgenden Terminen herzlich willkommen: 14. September, 12. Oktober und 9. November, jeweils 18 bis 20 Uhr im Bourbaki Bar/Bistro am Löwenplatz in Luzern.



Alain Greter
Kantonsrat Grüne
Luzern

Kochrezept – Fladenbrot

Tirnaklı Pide oder Ramazan Pide

Für 5 Fladenbrote

1 kg	Mehl
25 g	frische Hefe
15 g	Salz
700–800 ml	lauwarmes Wasser
2	Eigelb
1 EL	Joghurt
10 g	Sesamsamen
5 g	Schwarzkümmelsamen

■ Mehl auf ein Brett sieben und in der Mitte eine Vertiefung machen. Hefe hinein bröseln und mit dem Salz bestreuen, dadurch wird die Hefe flüssig. Mit den Fingern etwas ankneten. Das lauwarme Wasser dazugeben und langsam, ohne zu schlagen oder zu ziehen, einen Teig kneten.

■ Eine Stunde bei Zimmertemperatur aufgehen lassen.

■ Den Teig nochmals durchkneten und 5 gleich grosse Kugeln formen. Diese nochmals 5–10 Min. ruhen lassen.

■ Die Eigelbe mit dem Joghurt verquirlen.

■ Die Teigkugeln nun mit den Händen zu etwa 30 cm runden Teigfladen ziehen und die Oberflächen mit der Joghurt-Ei-Masse bestreichen.

■ Mit den Fingerkuppen kräftig Muster in den Teig drücken.

■ Mit Sesam- und Schwarzkümmelsamen bestreuen.

■ Die Pide etwa 15–20 Min. im auf 250 °C vorgeheizten Backofen backen. Den Ofen während der Backzeit nicht öffnen. Sie sollen schön goldbraun sein. Warm servieren.



■ Wer will, kann die Pide mit etwas Käse bestreuen, noch einmal kurz in den Ofen schieben und sofort essen.

Dieses Fladenbrot wird gerne während des Ramadans gebacken. Es stammt aus dem östlichen Mittelmeerraum, vor allem aus Antep, Adana, Antakya, Maras sowie aus Urfa. Traditionell werden die Pide im Steinofen gebacken, sie können zu jedem Essen gereicht werden.

Das hier abgebildete Rezept findet sich im folgenden Kochbuch:

Das Istanbul Kochbuch von Gabi Kopp

Gabi Kopp, Illustratorin, Cartoonistin und begeisterte Köchin, machte sich im Schmelztiegel Istanbul auf die Suche nach kulinarischen Kulturen und Rezepten. Sie besuchte Hausfrauen, Strassenhändler und Kochbuchautorinnen, sah sich in Imbissbuden und Spitzenrestaurants um. Sie zeichnete, sie hörte zu – und sammelte mehr als hundert verschiedene köstliche Rezepte aller Volksgruppen der Türkei. Dabei erfuhr sie, dass der Teig so fest sein muss wie ein Ohrläppchen, dass Zwiebeln so fein geschnitten werden wie Mäusezähne. Das Ergebnis ihrer Recherchen veröffentlicht sie jetzt in ihrem «Istanbul-Kochbuch. Bilder. Geschichten. Rezepte». Zudem macht Gabi Kopp die Zeichnungen und Illustrationen, die in Istanbul entstanden sind, erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

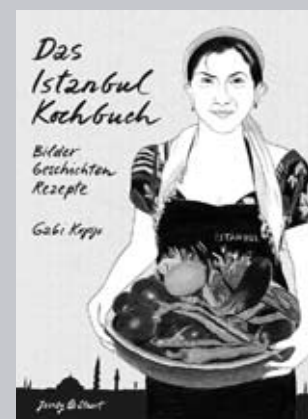
Ausstellung:

10. September bis 17. Oktober 2010, Romerohaus, Luzern.

Öffnungszeiten: 8.30 bis 20.30 Uhr.

Ausstellungs- und Kochbuchvernissage:

Freitag, 10. September, 19.00 Uhr; Musik und türkische Spezialitäten mit Gabi Kopp, Autorin, Luzern, und Amalia van Gent, Türkei-Spezialistin, Athen



192 Seiten, geb., Flexcover,
17 x 23,5 cm, durchgehend
farbig | Fr 35.50

ISBN 978-3-941787-10-0

Rückblick Frühlingspalaver «Migration und Entwicklung»

Menschen und Geld zwischen Nord und Süd

Am 3. Mai 2010 trafen sich rund zwanzig Interessierte zum Frühlingspalaver der Grünen im Romerohaus. Die Diskussion drehte sich um das Verhältnis von Migration und Entwicklungszusammenarbeit. In den letzten Jahren wurde von rechter Seite immer lauter gefordert, dass die schweizerischen Entwicklungsanstrengungen im Süden dem Ziel dienen sollten, die Migration aus diesen Ländern zu unterbinden.

Der einführende Input durch Markus Brun, Leiter Entwicklungspolitik beim Fastenopfer, rückte das häufig verzerrte Bild, das man sich gängigerweise von Migration macht, mittels konkreter Zahlen wieder etwas zurecht. So findet der Grossteil der Migration in und zwischen den Ländern des Südens selber statt. Über 26 Millionen Menschen sind sogenannte BinnenmigrantInnen, beinahe 50% davon Frauen. Das heisst, die meisten Menschen, die vor Krieg, Umweltkatastrophen oder aus wirtschaftlichen Gründen fliehen, suchen Schutz und neue Perspektiven in ihrem eigenen Land oder in den umliegenden Nachbarländern. Nur ein kleiner Teil der MigrantInnen aus dem Süden gelangt tatsächlich in den reicheren Norden.

Verengter Blick durch Eigeninteressen

Tatsache ist, dass der Anteil der Menschen, der aus dem Süden in unser Land einwandert, den kleineren Teil der gesamten Migration in die Schweiz ausmacht. Die Mehrheit der Zuwandernden stammt noch immer aus Europa (2008: 63%). Nur gerade 1,5% der MigrantInnen sind zudem anerkannte Flüchtlinge.

Natürlich sollte die Entwicklungszusammenarbeit auch dazu dienen, den betroffenen Menschen

Perspektiven in ihren Wohngegenden zu eröffnen und so die Abwanderung unnötig zu machen – denn durch Migration entstehen für die betroffenen Menschen immer eine Reihe neuer Probleme. Immer mehr wird aber der politische Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit durch Eigeninteressen verengt. Migration wird als Bedrohung empfunden, die es abzuwenden gilt. Die Bedürfnisse der ärmeren Länder drohen dabei zur Nebensache zu verkommen. Dass mit Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Grossteil der Migration gar nicht berührt wird, bleibt dahingestellt.

Ein Mehrfaches fliesst in den Norden

Das Palaver konzentrierte sich letztlich stärker auf die Entwicklungszusammenarbeit als auf Migrationsfragen. Kosten und Nutzen der Zuwendungen reicher Gesellschaften an die Entwicklung ärmerer Staaten wurden diskutiert. Die Frage nach den Resultaten der Entwicklungszusammenarbeit angesichts der weiterhin massiven Armut in der Welt ist aber nicht einfach zu beantworten. Es sind viele Faktoren zu berücksichtigen, nicht zuletzt die gleichzeitige Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Norden. Während wir Entwicklungsgelder bereit stellen, fliesst ein x-faches an Kapital in die Gegenrichtung. Solange die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ändern, wird für die Entwicklung des Nordens immer mehr Geld aus dem Süden zur Verfügung stehen als umgekehrt.



*Daniel Hostettler
Arbeitsgruppe Palaver
Luzern*

Vorschau Jahreszeitenpalaver Winter/Frühling

24. Januar 2011, 18.00 Uhr

Jahreszeitenpalaver Winter

Mobilität – Immer mehr, immer schneller

Input: Korintha Bärtsch, Grossstadträtin Grüne Luzern/MSc Umweltnaturwissenschaften ETH, und Christian Harb, umverkehr Zürich

Treffpunkt: SGV Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee, Werftstrasse 5, 6005 Luzern, beim Tor Haupteingang. Bitte rechtzeitig erscheinen.

23. Mai 2011, 18.00 Uhr

Jahreszeitenpalaver Frühling

Wald – Was man im Walde alles tut

Führung mit Dr. Christian Ley, Stadtoberförster Luzern, von der Gütschwaldstation zur Gütschwaldhütte

Treffpunkt: Bushaltestelle Gütschwald, Bus Nr. 10. ab Bahnhof 17.45 Uhr (Outdoorbekleidung, Regenschutz nach Bedarf, gute Schuhe)

Rückblick auf die Generalversammlung

Die Wahlen 2011 bereits im Fokus

Zur Generalversammlung begrüßten die Co-Präsidentinnen Monique Frey und Katharina Hubacher die Mitglieder dieses Jahr in Wolhusen, dem Tor zum Entlebuch.

Dass die Wahl des Standorts dieses Jahr auf Wolhusen fiel, war kein Zufall, wollen doch die Grünen bei den Kantonsratswahlen 2011 zum ersten Mal mit einer eigenen Liste im Entlebuch antreten. Die Co-Präsidentinnen stimmten die Anwesenden denn auch schon auf die Wahlen 2011 ein und vermeldeten, die Vorbereitungen liefen bereits auf Hochtouren. Es wurde aber auch zurückgeblickt auf Höhepunkte des vergangenen Jahres, so zum Beispiel auf die Regierungsratsersatzwahlen vom September, an denen Katharina Hubacher den CVP-Vertreter Guido Graf herausforderte oder auf die erfolgreiche Einreichung der Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung im April.

Positionspapier Integration verabschiedet

Die Generalversammlung verabschiedete mit Applaus mehrere Aktive, unter anderen die langjährige Buchhalterin Claudia Schnieper. Ihr Nachfolger ist Bernard Clalüna, bisher Revisor. Zudem wurden die Statuten um eine Formalität ergänzt.

Zum Abschluss sprach Gast Annemarie Sançar, Migrationsexpertin aus Bern, über das Positionspapier Integration. Sie beleuchtete das Thema Integration aus wissenschaftlicher Perspektive und brachte so



weitere Denkanstöße ein. Unter Vorbehalt einiger Präzisierungen, die sich aus der Diskussion mit dem Gast ergaben, verabschiedete die Generalversammlung das Positionspapier ohne Gegenstimme.



Rahel Estermann
Sekretariat Grüne
Luzern

Wer bringt künftig etwas Grün an den 1. Mai?

Unter Führung des Luzerner Gewerkschaftsbundes (LGB) organisiert das Luzerner 1.-Mai-Komitee jeweils das 1.-Mai-Fest. Diverse Verbände und Parteien arbeiten im Komitee mit. Das Komitee bestimmt Konzept und Budget für das jeweilige Jahr und die Komiteemitglieder organisieren die personellen und finanziellen Ressourcen in ihren jeweiligen Organisationen.

Philipp Federer tritt nach 21 Jahren aus dem Luzerner 1.-Mai-Komitee zurück. Wir danken ihm ganz herzlich für seinen Einsatz und dass er die Grünen über diese lange Zeit im Komitee

vertreten hat. Nun suchen wir Ersatz – die neue Person sollte den Grünen verbunden und bereit sein, zirka alle zwei Monate an einer Sitzung teilzunehmen, sowie Ideen und Vorschläge für das Konzept einzubringen. Bei der Mobilisierung der HelferInnen und an den Sitzungen wird zudem das Sekretariat der Grünen unterstützend mit dabei sein.

Liegen Dir Fragen rund um die Arbeitswelt am Herzen und hast Du Lust, im Komitee mitzuhelfen? Dann melde dich auf sekretariat@gruene-luzern.ch.

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Agenda

September

Mo	13.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Di	14.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern
Mo	20.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
So	26.		Abstimmungssonntag

Oktober

Fr	1.	20.00	Mitgliederversammlung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	4.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	11.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Di	12.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern
Mi	20.		Vorstandssitzung Grüne Kriens, Café Ambrosia, Kriens

November

Fr	5.	20.00	Mitgliederversammlung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Mo	8.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Di	9.	18.00	Kulturstammtisch, Bourbaki Bar/Bistro, Luzern
Mo	15.	19.30	Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Mi	17.	19.30	Mitgliederversammlung Grüne Adligenswil, Zentrum Teufmatt Adligenswil
Mo	22.	19.45	Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Möchtest Du elektronisch über weitere Termine der Grünen sowie über Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere auf unserer Homepage den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 26. Sept. 10

Eidgenössische Abstimmung

Referendum über die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes:

Nein

Kantonale Abstimmung

Referendum über die Änderung des Stimmrechtsgesetzes betreffend Wahlkreise der Kantonsratswahlen: **Ja**

Städtische Abstimmungen

Initiative «Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Luzern (Städte-Initiative)» und

Gegenvorschlag «Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität»:

Initiative:

Ja

Gegenvorschlag:

Stimmfreigabe

Stichfrage:

Initiative

Initiative «Rettet die Schmiede – Stopp den Abbruchplänen der Stadt Luzern»:

Die Parolenfassung erfolgte nach Redaktionsschluss dieser Rundbrief-Ausgabe an der Mitgliederversammlung vom 1. September 2010.

Die beschlossene Parole ist auf unserer Homepage www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern**Adligenswil**

Franziska Hufschmid
 franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
 andreas.feller@gruene-luzern.ch

Emmen

Luzius Hafen
 luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
 brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
 erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
 christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
 andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
 esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstr. 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 3607966, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Rahel Estermann, Judith Huber; Korrektorat: Ursula Hildebrand; Fotos: Judith Huber, Jakob Ineichen, Linus Rieser
 Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 3602810, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 8270, Fax 041 3622237, E-Mail: info@gegendruck.ch
 Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.-



Noch können wir sie stoppen

Liebe Leserinnen, liebe Leser

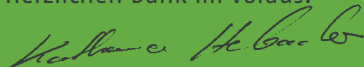
Zugegeben: Fremdenfeindliche Vorstösse hat es immer wieder gegeben – mit dem Unterschied, dass sie in den 70er- und 80er-Jahren von kleinen politischen Gruppierungen stammten und die «classe politique» zusammen mit der überwiegenden Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Begehren klar verwarf. Spätestens nach der Annahme der «Minarettinitiative» scheint aber allen klar geworden zu sein: Kein Volksbegehren ist dumm genug, als dass man annehmen könnte, dass es ohne Gegenwehr verworfen wird.

Zwanzig Jahre Gehirnwäsche der Rechtsausserparteien sind bei den meisten Menschen nicht spurlos vorübergegangen. Äusserungen wie: «Fremde sind Freunde, die man noch nicht kennen gelernt hat» werden bis weit in die linke Mitte hinein argwöhnischer kommentiert als noch vor ein paar Jahren – das ist kein Zufall.

Die Ausschaffungsinitiative müssen wir «bodigen», diese Abstimmung dürfen wir nicht verlieren, nicht schon wieder! Wir wollen keine Sippenhaftung und keine Gesetze, die das Völkerrecht mit Füssen trampeln.

Es braucht unser Engagement – wir brauchen eine witzige und kluge Strategie und eine sichtbare Kampagne. Und das kostet Zeit und Geld. Kurzum: Jeder Franken, den wir für unsere Kampagne gegen die Ausschaffungsinitiative der SVP erhalten, ist wichtig. Und jeder Franken, den wir bis Ende Monat erhalten, zählt doppelt, weil wir damit früher kalkulieren können. Wir bitten Dich daher um dein Engagement. Schreib einen Leserbrief, halte bei Gesprächen mit Freunden und Bekannten dagegen und unterstütze uns mit einer Spende, damit wir früh und effizient gegen die Initiative ankämpfen können. Es lohnt sich, noch können wir sie stoppen!

Herzlichen Dank im Voraus.



Katharina Hubacher



Monique Frey

P.S.: Bestimmt hast Du dich auch über die tendenziöse «Umfrage» der SVP aufgeregt. Eine einzige Aneinanderreihung von Suggestivfragen, die man auch anders stellen könnte: «Sind Sie bereit, sich und ihre Angehörigen im Spital selber zu pflegen, wenn ausländische Arbeitskräfte fehlen?» Danke für Ihre Spende, damit wir dagegen halten können! Jeder Franken zählt.

Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern

Grüne Luzern
des Kantons Luzern
6003 Luzern

Kampagne gegen die
Ausschaffungsinitiative

60-16103-5

60-16103-5

600161035>

600161035>